

Landratsamt Ilm-Kreis
 Umweltamt
 Untere Wasserbehörde
 Ritterstraße 14
 99310 Arnstadt

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 4 i. V. m. § 8 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz zur Einleitung von häuslichem Schmutzwasser nach Behandlung in einer Kleinkläranlage bis 50 EW in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund

Antragsteller/in	
Anrede:	
Name:	
Vorname:	
Ortsteil/Straße:	
PLZ Ort:	
Telefon: <small>freiwillige Angabe</small>	
Email <small>freiwillige Angabe</small>	

Grundstück auf dem das Abwasser anfällt	
Ortsteil/Straße:	
PLZ Ort:	
Gemarkung, Flur, Flurstück:	
<small>Zutreffendes bitte ankreuzen!</small>	
<input type="checkbox"/> Eigentümer: <small>ausfüllen wenn abweichend vom Antragsteller/in</small>	
Gibt es Miteigentümer?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wenn "ja", liegt die Zustimmung aller vor?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Erbbau-/Nutzungsberechtigter: <small>ausfüllen wenn abweichend vom Antragsteller/in</small>	

Antragsgegenstand - Einleitung ins	
<small>Zutreffendes bitte ankreuzen!</small>	
<input type="checkbox"/> Oberflächengewässer	
Bezeichnung Oberflächengewässer:	
Gemarkung, Flur, Flurstück:	
<input type="checkbox"/> Grundwasser	
Gemarkung, Flur, Flurstück:	
<small>Zutreffendes bitte ankreuzen</small>	
<input type="checkbox"/> Eigentümer: <small>ausfüllen wenn abweichend vom Antragsteller/in</small>	
Gibt es Miteigentümer?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wenn "ja", liegt die Zustimmung aller vor?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Erbbau-/Nutzungsberechtigter: <small>ausfüllen wenn abweichend vom Antragsteller/in</small>	
Gutachter Versickerung (Firma/Büro):	
Art Versickerungsanlage (Rigole, Schacht....):	

Abwasseranlage	
Typ der Kleinkläranlage:	<input type="checkbox"/> biologisch <input type="checkbox"/> teilbiologisch
Klärverfahren (z. B. SBR, Tropfkörper...):	
Hersteller:	
Bauartzulassung/Zulassungsnummer:	
Anzahl der Benutzer (Einwohner E):	
Anlagenkapazität (Einwohnerwerte EW):	
Schmutzwassermenge in m³/d:	

Fachbetrieb (Planung/Bemessung der Kläranlage und evtl. der Versickerungsanlage)

Firma:	
Ansprechpartner:	
Ortsteil/Straße:	
PLZ Ort:	
Telefon:	

.....
Datum, Unterschrift Antragsteller/in.....
Datum, Unterschrift Fachbetrieb**Vom zuständigen Wasser- und Abwasserzweckverband auszufüllen****(Nur im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens (Hausbau/-umbau) notwendig!!!)**

Zweckverband Straße, Nr.: Plz Ort:	
Zustimmung zum Antrag erteilt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Anschlusszeitraum an Verbandskläranlage:	<input type="checkbox"/> ja bis <input type="checkbox"/> Kein Anschluss/dezentral Monat/Jahr
Trinkwasserversorgung	<input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> Eigenwasserversorgung

.....
Datum, Unterschrift, Stempel zuständiger Wasser- und Abwasserzweckverband**Als Unterlagen sind 2fach beizufügen:**

- Flurkarte mit eingetragenem Standort
- Entwässerungsplan mit Standort der KKA und mit der Lage der Abwasserleitung bis zur Einleitstelle.
- Bei Querung fremder Grundstücke schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümer
- Beschreibung (z. B. Bauartzulassung des Deutschen Institutes für Bautechnik <DIBt>) der KKA oder des Nachrüstsatzes
- zeichnerische Darstellung des Auslaufbauwerkes oder der Versickerungsanlage (bei Neuerrichtung)
- Bei Einleitung in das Grundwasser ein Versickerungsgutachten mit Bemessung der Versickerungsanlage nach DIN 4261 Teil 5 Beschreibung (z. B. Bauartzulassung des Deutschen Institutes für Bautechnik <DIBt>) der KKA oder des Nachrüstsatzes
- Bei Nutzung der baulichen Hülle der vorhandenen KKA einen Dichtigkeitsnachweis.

Die Nachforderung weiterer Unterlagen bleibt ausdrücklich vorbehalten

**Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der
Bearbeitung von Anzeige- und Erlaubnisverfahren für Antragsteller auf Erteilung einer
wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung von gereinigtem häuslichen Schmutzwasser
in ein Oberflächengewässer oder in das Grundwasser nach den §§ 2 und 3
Wasserhaushaltsgesetz – WHG i. V. m. § 57 Thüringer Wassergesetz Thür WG**
(Informationspflicht nach Art. 13 und 14 DSGVO)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 Buchst. a/Art. 14 Abs. 1 Buchst. a DSGVO)

<u>Verantwortlicher:</u>	Landratsamt Ilm-Kreis Umweltamt Amtsleiter Ritterstraße 14 99310 Arnstadt	<u>Kontakt:</u>	Telefon: 03628 738-600 E-Mail: umweltamt@ilm-kreis.de
---------------------------------	---	------------------------	--

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 Buchst. b/Art. 14 Abs. 1 Buchst. b DSGVO)

<u>Postanschrift:</u> Landratsamt Ilm-Kreis Datenschutzbeauftragter Ritterstraße 14 99310 Arnstadt	<u>Kontakt:</u> Telefon: 03628 738-117 E-Mail: datenschutz@ilm-kreis.de
---	---

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz/Art. 14 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Bearbeitung der Anzeige- und Erlaubnisverfahren für Antragsteller die einen Antrag auf Einleitung von häuslichem Schmutzwasser nach Vorbehandlung in einer Abwasserbehandlungsanlage (vollbiologische Reinigung nach DIN 4261 Teil 2) in ein Oberflächengewässer oder in das Grundwasser stellen (§§ 2, 3 und 7 Wasserhaushaltsgesetz – WHG i. V. m. § 57 Thüringer Wassergesetz – Thür. WG) Die Datenverarbeitung dient nach Abschluss der Verfahren der Überwachung der jeweils beantragten Kläranlage.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz/Art. 14 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz DSGVO)

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage der Artikel 6, 9 und 10 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) und dem § 88 Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern
(Art. 13 Abs. 1 Buchst. e/Art. 14 Abs. 1 Buchst. e DSGVO)

Die personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen

- andere Ämter bzw. Bearbeiter, soweit das die Bearbeitung der Verfahren erfordert oder gesetzlich vorgeschrieben ist,
- nach der Erteilung der Erlaubnis (§ 8 WHG) der für die Überwachung zuständigen Sachbearbeiter

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)

andere Behörden bzw. Einrichtungen, die aufgrund von rechtlichen Verpflichtungen zu informieren sind (Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz/Wasserbuch, Zweckverbände).

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation
(Art. 13 Abs. 1 Buchst. f/Art. 14 Abs. 1 Buchst. f DSGVO)

Die personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 Buchst. a/Art. 14 Abs. 2 Buchst. a DSGVO)

Die Daten werden bis zum Abschluss der Anzeige- und Erlaubnisverfahren gespeichert und darüber hinaus

- a) bei unbefristeter Anzeige bzw. Erlaubnis dauerhaft für die Zeit der Gewässerbenutzung und nach Einstellung für die Dauer von 5 Jahren
- b) bei Ablehnung einer Erlaubnis 10 Jahre nach der endgültigen (bestandskräftigen) Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Ablehnung,

Unterlagen, die eine Zahlung begründen, werden mindestens sechs Jahre aufbewahrt, die zugehörigen Buchungen zehn Jahre.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 Buchst. b/Art. 14 Abs. 2 Buchst. c DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DSGVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. c/Art. 14 Abs. 2 Buchst. d DSGVO)

Entfällt, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht auf einer Einwilligung nach Artikel 6 Abs, 1 Buchstabe a der DSGVO, sondern auf Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO beruht

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 Buchst. d/Art. 14 Abs. 2 Buchst. e DSGVO)

Im Rahmen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten hat die betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 Buchst. e DSGVO)

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Wenn die personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt werden, können die Anzeigeverfahren und Erlaubnisansträge nicht bearbeitet werden.

12. Quelle der personenbezogenen Daten (Art. 14 Abs. 2 Buchst. f DSGVO)

Entfällt, es werden keine personenbezogenen Daten aus anderen Quellen erhoben.

13. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. f/Art. 14 Abs. 2 Buchst. g DSGVO)

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt **nicht** mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO.

14. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3/Art. 14 Abs. 4 DSGVO)

Die personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.